

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2021 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 14: IT des Landesamts für Geoinformation
und Landentwicklung**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 7. April 2022 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 17/914 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

- 1. die Empfehlung des Rechnungshofs, die Zuständigkeit für Entwicklung und Pflege von Fachverfahren zu modifizieren, aufzugreifen und bei der Novellierung des BITBW-Gesetzes zu berücksichtigen;*
- 2. die weiteren Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen, insbesondere*
 - a) die gewonnenen Erkenntnisse zur Zentralen Benutzerverwaltung des Geodatenzentrums (GDZ) in die aktuellen Überlegungen des Landes für ein Identity- und Accessmanagement einfließen zu lassen,*
 - b) Projektmanagementwerkzeuge beim GDZ gemeinsam mit den betroffenen Ministerien und der BITBW in Einsatz zu bringen,*
 - c) den Aufbau eines bedarfsgerechten IT-Service-Managements beim GDZ gemeinsam mit der BITBW zu forcieren und*
 - d) den Wissenstransfer von externem und internem Know-how sicherzustellen;*
- 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2022 zu berichten.*

Bericht

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022, Az.: 0451.1-2/4/2, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Eingegangen: 17.6.2022/Ausgegeben: 22.6.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Zu Ziffer 1:

Das Innenministerium teilt schon länger die Auffassung des Rechnungshofes. Da eine Pflicht zur Nutzung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) für die Entwicklung und Pflege der Fachverfahren soweit ersichtlich nicht mehr als zielführend erachtet wird, sollte das BITBWG diesbezüglich noch vor Inkrafttreten der entsprechenden Pflicht geändert werden. Dies entspricht auch dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel: Wo sich eine Zentralisierung bei der BITBW als ineffektiv erweist, werden wir diese nicht forcieren. Diese Modifikation des BITBWG befindet sich derzeit im Innenministerium in einer hausinternen Abstimmungsphase und soll den Empfehlungen des Rechnungshofes folgend, bei der Novellierung des BITBWG berücksichtigt werden.

Zu Ziffer 2a:

Die Erfahrungen und Erkenntnisse der zentralen Benutzerverwaltung des Geodatenzentrums (GDZ) sind bei mehreren Workshops und weiteren Besprechungen im 3./4. Quartal 2021 vom GDZ an das zuständige Projektteam des Innenministeriums übertragen worden. Sie fließen ein in das Projekt „Prozessdesignphase rund um die Einführung eines landesweiten Identity und Access Management (IAM)“.

Zu Ziffer 2b:

Die hierfür nötigen Grundlagen werden aktuell in regelmäßigen Abstimmungen zwischen BITBW und GDZ geschaffen und mit der IT-Leitstelle des MLR abgestimmt.

Zu Ziffer 2c:

Hierfür wurde im Auftrag des MLR das Projekt „LEGO“ eingerichtet. „LEGO“ ist das zukünftige zentrale IT- und Enterprise Service Management Tool am GDZ. Das Projekt befindet sich aktuell in der zweiten Projektphase mit der Übernahme der Informationen aus dem bisherigen Managementsystems „HP-Service Desk“ in das von der BITBW verantwortete System „USU-Valuation“. In den kommenden Monaten wird „USU-Valuation“ mit der spezifischen Konfiguration des GDZ bei der BITBW in Betrieb gehen. Im Projekt wurden umfassende Rahmenbedingungen erarbeitet und die erforderlichen Service-Prozesse der beiden Organisationen harmonisiert.

Zu Ziffer 2d:

Das GDZ hat die zentrale Dokumentation der Fachverfahren zur Sicherstellung des damit verbundenen Wissens ausgebaut. Die beiden Kernprozesse zur sicheren Software Entwicklung und zum sicheren Verfahrensbetrieb wurden modelliert und durchgängig zentral dokumentiert. Die begleitenden notwendigen Arbeitsanweisungen werden derzeit am GDZ erarbeitet und zeitnah in Kraft gesetzt.

Das GDZ ist bestrebt externe Dienstleister durch internes Personal sukzessive zu ersetzen. Die Gewinnung der hierfür notwendigen IT-Fachkräfte gestaltet sich bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage und dem Stellenprofil des öffentlichen Dienstes, äußerst schwierig.